

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

26.09.2022

Inhalt

EWN

1 Rückbau des AKW Lubmin: Dauer, Kosten und Sicherheit <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.09.2022</i>	3
2 „Vielen Dank, keine Kontamination“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.09.2022</i>	4
3 Deponien für nicht strahlenden AKW-Müll dringend gesucht <i>Spiegel.de, 23.09.2022</i>	6
4 Experte hält Öffnung von Nord Stream 2 für unrealistisch <i>nordkurier.de, 24.09.2022</i>	8
5 Mittelstandsverein befürchtet eine Insolvenzwell <i>Ostsee-Zeitung - Grimmener Zeitung, 26.09.2022</i>	9
6 Atomausstieg: Belgien nimmt Doel 3 vom Netz <i>wdr.de, 24.09.2022</i>	12

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.09.2022 | S. 1

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Rückbau des AKW Lubmin: Dauer, Kosten und Sicherheit


Das Gelände des stillgelegten Atomkraftwerks Lubmin: Dort geschieht der größte Rückbau eines AKW in

Europa. Zum Einsatz kommen Seilsägen, Abrissroboter und Plasmaschneider.



 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.09.2022 | S. 8

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Christopher Hirsch

AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT

„Vielen Dank, keine Kontamination“

Der Rückbau des AKW Lubmin wird bis nach 2035 dauern. Die Arbeiten verlangen aufwändige Technik und höchste Sicherheitsvorkehrungen.

Stück für Stück schneidet sich das diamantbesetzte Stahlseil durch den 80 Zentimeter dicken Stahlbeton. Wo früher große Filter Luft von Radioaktivität reinigen sollten, ist es jetzt vor allem laut und stickig. Doppelter Schutzanzug, Atemschutz - es ist schon „reichlich anstrengend“, sagt Mario Schmidt.

1979 hat er mit 16 Jahren seine Lehre im Kernkraftwerk Greifswald angefangen. Nun reißt der 59-Jährige es ab. Man braucht einen langen Atem für Kernkraft - auch wenn der Stecker längst gezogen wurde.

Zum Ende dieses Jahres sollen die letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland trotz vielfacher Kritik vom Netz gehen. Zwei sollen als Reserve zunächst weiter zu Verfügung stehen. Am grundsätzlichen Atomausstieg wollte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) aber nicht rütteln. Somit steht auch den letzten Meilern in absehbarer Zukunft der Rückbau bevor.

Nach Angaben des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sind beziehungsweise waren in Deutschland 36 Reaktorblöcke - ohne Forschungsreaktoren - betroffen. Drei seien vollständig zurückgebaut, bei 27 laufe der Rückbau. Für die restlichen sechs - die drei noch betriebenen und drei bereits stillgelegte Reaktoren - seien bereits Anträge auf Abbau gestellt worden.

Wie aufwendig der Rückbau sein kann, zeigt sich in Vorpommern. Es ist nach Angaben der zuständigen **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH (**EWN**) der größte Rückbau eines Kernkraftwerkes in Europa. Von den acht geplanten Blöcken waren fünf in Betrieb, einer davon im Probetrieb. Das Kernkraftwerk war zwischen 1973 und 1990 am Netz und erbrachte einen Anteil von elf Prozent des Strombedarfs in der DDR.

Wegen Sicherheitsbedenken wurden Lubmin und das

deutlich kleinere DDR-Kraftwerk im brandenburgischen Rheinsberg nach dem Fall der Mauer abgeschaltet. Man habe das damals zu Anfang nicht verstanden, sagt **EWN**-Mitarbeiter Bernd Kaukel. „Für uns war die Technik die modernste, die es damals gab zu DDR-Zeiten.“

Auch der heute 62-Jährige hatte 1977 nach der Schule seine Lehre im Kernkraftwerk angefangen und ist jetzt am Rückbau beteiligt. „Jetzt ist es für uns ein Job wie jeder andere, aber als wir angefangen haben damit, haben wir unseren eigenen Arbeitsplatz kaputtgemacht, und das war natürlich sehr schmerzhaft.“ 1989 waren knapp 5000 Menschen hier beschäftigt. Aktuell sind es mehr als 850.

Seit 1995 läuft der Rückbau. Die angestrebte Fertigstellung hat sich wiederholt nach hinten verschoben. Aktuell geht man von der zweiten Hälfte der 2030er-Jahre aus. Dann soll das Gebäude so weit entkernt und von Radioaktivität befreit sein, dass freigegeben, aus der Geltung des Atomgesetzes herausgenommen und konventionell abgerissen werden kann. Das BASE geht davon aus, dass das letzte Atomkraftwerk in Deutschland zu Beginn der 2040er-Jahre so weit sein könnte.

Die stark strahlenden Teile wurden in Lubmin bereits vor Jahren ausgebaut und in ein nahe gelegenes Zwischenlager gebracht. Der Rückbau des gigantischen Industriekomplexes bleibt trotzdem eine Herkulesaufgabe. Laut **EWN** müssen noch etwa 440 000 Quadratmeter Betonoberfläche untersucht werden - rund 62 Fußballfelder.

Die abzubauende Masse wird auf etwa 1,8 Millionen Tonnen geschätzt. Alles, was als normaler Schrott entsorgt werden soll, muss so zerlegt werden, dass es in Kisten von der Größe 1,20 mal 0,80 Meter passt, damit das Material in einer speziellen Anlage freigemessen

werden kann.

Das Arsenal, das dabei zum Einsatz kommt, ist beeindruckend: Seilsägen, Säurebäder, Abrissroboter, Plasmaschneider. Und auch die Sicherheitsvorkehrungen sind für Außenstehende kaum vorstellbar. Nichts geht ohne mehrfachen Kleiderwechsel, aufwendige Sicherheitsschleusen mit Strahlungsmessung und einer freundlichen Frauenstimme vom Band, die sagt: „Vielen Dank, keine Kontamination.“

Dementsprechend hoch sind die Kosten, die immer wieder stiegen. Lagen sie 2014 noch bei 6,6 Milliarden Euro, geht man inzwischen von einem hohen einstelligen Milliardenbetrag aus, einschließlich des Rückbaus in Rheinsberg. Dabei handelt es sich um Steuergeld. **EWN** gehört dem Bund.

Im Gegensatz zu den DDR-Kernkraftwerken müssen die Energiekonzerne in den alten Bundesländern für den Rückbau selbst aufkommen. Hier werden die Kosten pro Block auf etwa eine Milliarde Euro beziffert. Diese Kosten seien in die Strompreise eingeflossen, schreibt der Verband Kerntechnik Deutschland.

Anders sieht es bei der Entsorgung des radioaktiven Abfalls aus. Die Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und

Vattenfall hatten 2017 insgesamt rund 24 Milliarden Euro an einen Staatsfonds überwiesen. Damit sind sie raus - so war es vereinbart worden. Anlageexperten sollten das Geld langfristig deutlich vermehren, um die Kosten für Zwischen- und Endlagerung zu finanzieren. Nach Einschätzung von Kerntechnik Deutschland reichen die Mittel voraussichtlich aus. Kritiker hatten in der Vergangenheit Zweifel daran geäußert.

Die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Abfall dauert weiter an. Auch das geplante Endlager für schwach- und mittelaktiven Abfall - der Schacht Konrad im niedersächsischen Salzgitter - ist noch nicht fertig. Die Entsorgung sei eine Herausforderung, heißt es vom BASE. Aktuell werde der radioaktive Abfall in Deutschland an 16 Zwischenlagerstandorten gelagert - zumeist in der Nähe ehemaliger Reaktoren wie auch in Lubmin. Hier wird bereits ein neues Zwischenlager geplant. Das könnte auch dann noch gebraucht werden, wenn nebenan schon längst die sprichwörtliche grüne Wiese steht.

Zitat-Text:

„Wir haben unseren eigenen Arbeitsplatz kaputtgemacht, und das war natürlich sehr schmerzhaft.“ - Bernd Kaukel, **EWN-Mitarbeiter**



Bildunterschrift: Demontagearbeiter Mario Schmidt richtet eine Seilsäge ein, um Stahlbeton im ehemaligen Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ in Lubmin zu schneiden.

STOCKENDER RÜCKBAU**Deponien für nicht strahlenden AKW-Müll dringend gesucht**

Deutschland streitet über längere AKW-Laufzeiten, obwohl ein Endlager für den strahlenden Müll fehlt. Laut Kernenergiebranche bereitet dabei selbst die Entsorgung von nicht radioaktivem Abfall aus den Kraftwerken Probleme.

Die Kernkraft wird Deutschland noch lange nach dem Atomausstieg weiter beschäftigen. Nicht nur die Endlagerung, auch der Rückbau gestaltet sich vielerorts äußerst aufwendig. Vertreter der Kernenergiebranche weisen deshalb auf die notwendige Entsorgung auch nicht radioaktiven Abfalls hin.

»Ohne Deponien und Müllverbrennungsanlagen funktioniert kein Rückbau«, teilte der Energiekonzern RWE mit. Vom Verband Kerntechnik Deutschland hieß es: Kreise und gegebenenfalls Länder müssten für ausreichend Deponieraum für Bauschutt sorgen.

Nach Aussage eines Sprechers des Verbands gebe es Fälle, in denen Deponien Bauschutt unter Verweis auf Sicherheitsbedenken abgelehnt hätten, obwohl dieser Schutt nach entsprechenden Messungen als unbedenklich eingestuft wurde.

DDR-Kraftwerk wird bereits seit 1995 zurückgebaut

Sogenannte freigemessene Abfälle machten den weitestgehend größten Anteil des Materials aus, der beim Rückbau anfallt. Er vermute hinter solchen Vorbehalten auch die Absicht, Deponiekapazität zu schonen. In einem Fall hätte Schutt über weite Strecken in ein anderes Bundesland gefahren werden müssen.

Von RWE hieß es: »Wenn der Abbauprozess nicht ins Stocken kommen soll, braucht es gesicherte Entsorgungspfade für alles, was nicht recycelt werden kann.« Aktuell läuft etwa in Baden-Württemberg eine Auseinandersetzung zwischen Land und einem Landkreis über die Aufnahme freigemessener Abfälle. In Lübeck gab es eine ähnliche Auseinandersetzung.

Wie aufwendig der Rückbau sein kann, zeigt sich im vorpommerschen Lubmin. Es ist nach Angaben der zuständigen **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen**

GmbH (**EWN**) der größte Rückbau eines Kernkraftwerkes in Europa. Von den acht geplanten Blöcken waren fünf in Betrieb, einer davon im Probetrieb. Das Kernkraftwerk war zwischen 1973 und 1990 am Netz und erbrachte einen Anteil von elf Prozent des Strombedarfs in der DDR.

Wegen Sicherheitsbedenken wurde es nach dem Fall der Mauer abgeschaltet. Seit 1995 läuft der Rückbau. Aktuell geht man davon aus, dass der sich noch bis in die zweite Hälfte der 2030er Jahre zieht. Dann soll das Gebäude soweit entkernt und von Radioaktivität befreit sein, dass es nach entsprechenden Messungen freigegeben und konventionell abgerissen werden kann.

Die stark strahlenden Teile wurden in Lubmin bereits vor Jahren ausgebaut und in ein nahe gelegenes Zwischenlager gebracht. Der Rückbau des gigantischen Industriekomplexes bleibt trotzdem eine enorme Aufgabe. Nach Angaben der zuständigen **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH (**EWN**) müssen noch etwa 440.000 Quadratmeter Betonoberfläche untersucht werden. Die abzubauen Masse wird auf etwa 1,8 Millionen Tonnen geschätzt. Alles, was als normaler Schrott entsorgt werden soll, muss so zerlegt werden, dass es in Kisten von der Größe 1,20 mal 0,8 Meter passt, damit das Material in einer speziellen Anlage freigemessen werden kann.

Milliardenkosten für Rückbau

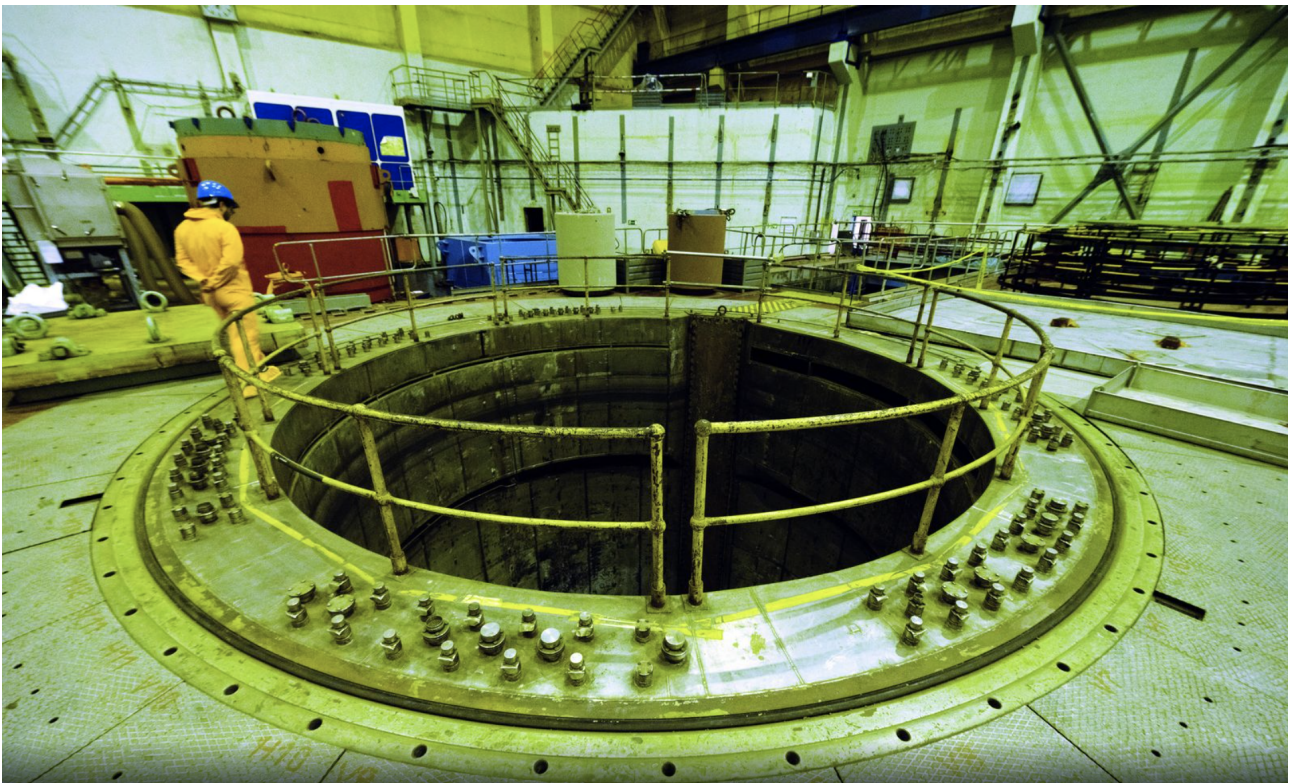
Hoch sind auch die Kosten. Die Schätzungen sind immer wieder gestiegen. Lagen sie 2014 noch bei 6,6 Milliarden Euro, geht man inzwischen von einem hohen einstelligen Milliardenbetrag aus, einschließlich des Rückbaus in Rheinsberg. In diesem Fall des alten DDR-Kraftwerks handelt es sich um Steuergeld, das **EWN** gehört dem Bund. Im Gegensatz dazu müssen

die Energiekonzerne in den alten Bundesländern für den Rückbau selbst aufkommen. Hier werden die Kosten pro Block auf etwa eine Milliarde Euro beziffert. Diese Kosten seien in die Strompreise miteingeflossen, schreibt der Verband Kerntechnik Deutschland.

Anders sieht es bei der Entsorgung des radioaktiven Abfalls aus. Die Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall hatten 2017 insgesamt rund 24 Milliarden Euro an einen Staatsfonds überwiesen. Damit sind sie

raus – so war es vereinbart worden. Anlageexperten sollten das Geld langfristig deutlich vermehren, um die Kosten für Zwischen- und Endlagerung zu finanzieren.

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall dauert weiter an. Auch das geplante Endlager für schwach- und mittelaktiven Abfall - der Schacht Konrad im niedersächsischen Salzgitter - ist noch nicht fertig.



Experte hält Öffnung von Nord Stream 2 für unrealistisch

Für den Politologen Wolfgang Muno sind Forderungen nach einer Öffnung von Nord Stream 2 vor allem politisch begründet. Im Vergleich zu den Corona-Demos sieht er beim Thema Energie mehr Potenzial, weil im Grunde alle betroffen sind.

Rostock. Der Rostocker Politologe Wolfgang Muno hat Forderungen nach einer Öffnung der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 als populistisch abgelehnt. Mit solchen nach seiner Ansicht unrealistischen Forderungen fische man am „trüben rechten Rand“, sagte der Wissenschaftler. „Das ist im Grunde genommen billiger Populismus“, kritisierte Muno entsprechende Forderungen etwa von Kommunalpolitikern im Nordosten, wo die Pipeline ankommt.

Nord Stream 1 liefere auch kein Gas

„Warum sollte jetzt durch Nord Stream 2 plötzlich Gas fließen?“ Russland liefere schließlich durch Nord Stream 1 auch kein Gas, unter Vorwänden, wie Muno sagte. „Russland dreht uns ja gerade den Gashahn ab und zeigt ja, dass es einfach überhaupt kein verlässlicher Handelspartner mehr ist.“ Die Abkopplung von russischen Abhängigkeiten sei „alternativlos“ geworden. Auch Forderungen nach einem sofortigen Rücktritt der Bundesregierung seien eine „typische Forderung von Populisten“ nach dem Motto, die da oben sind an allem schuld. Stralsunds Oberbürgermeister Alexander Badrow (CDU) hatte auf seiner Facebook-Seite einen entsprechenden Demo-Aufruf geteilt. Er ließ erklären, dass es sich um einen privaten Account handele. Das Schweriner Innenministerium prüft eine mögliche Verletzung der Neutralitätspflicht.

Hinter den zunehmenden Protesten in der aktuellen Energiekrise steckten berechnete Ängste etwa von Un-

ternehmern, die um ihre Betriebe fürchteten. Diese vermengten sich allerdings mit unmöglichen Forderungen etwa nach einem Ende der Sanktionen gegen Russland oder der Öffnung von Nord Stream 2. Zur Kritik an hohen Energiepreisen, die als Kitt fungiere, kämen Kritik an der Regierung, Unterstützung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung des deutschen Staates als solchen. Die Ängste der Menschen würden von politischen Gruppen instrumentalisiert, sowohl von links, als auch von rechts. Russische Propaganda, die sich etwa über den Nachrichtendienst Telegram verbreite, falle auf sehr fruchtbaren Boden.

Proteste könnten größer werden als in Pandemie

Mit Blick auf die Proteste sagte Muno: „Ob das jetzt eine Massenbewegung wird? Das ist schwierig zu sagen. Das sehe ich jetzt aber noch nicht.“ Das Potenzial sei aber deutlich größer als bei den Corona-Protesten. „Weil im Grunde genommen sind alle betroffen von höheren Kosten.“ Mit der Corona-Politik sei die Mehrheit konform gegangen. Viel hinge jetzt von der Reaktion der Regierung und Entlastungen ab. Diese sei von den Krisen „extrem getrieben“. Es gehe nicht um einen „Schönschreibwettbewerb“. Aber Deutschland sei kein armes Land. „Hier muss man gucken, wie werden Gelder sinnvoll eingesetzt.“ Er sieht aktuell auch einen Wandel in der Marktwirtschaft etwa durch staatliche Eingriffe bei Energieunternehmen. „Wir haben im Grunde viele, viele Jahre mit Laissez-faire verschlafen.“

📰 Ostsee-Zeitung - Grimmener Zeitung | 26.09.2022 | S. 10

📄 Auflage: 3.473 | Reichweite: 6.216

👤 Kai Lachmann

INTERVIEW MIT MITTELSTANDSVEREIN

Mittelstandsverein befürchtet eine Insolvenzwelle

Explodierende Energiepreise machen der Wirtschaft zu schaffen. Stefan Suckow und Torsten Grundke vom Stralsunder Mittelstandsverein fordern, jetzt nicht auch noch eine Bettensteuer einzuführen.

Doppelinterview in Stefan Suckows Firmensitz in der herrlich gelegenen Straße Martinsgarten am Stralsunder Kniepersteich. Die Sonne scheint, ein schöner Tag. Doch in den Nachrichten ist von der russischen Teilmobilmachung und der Angst vor nuklearen Angriffen die Rede. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Kriegs in der Ukraine sind längst in der Region Vorpommern angekommen. Wie soll es weitergehen?

Herr Suckow, Sie haben eine Personaldienstleistungsfirma, Herr Grundke, Sie sind Chef des Mediamarktes. In Anbetracht von Inflation und Energiekrise: Macht Ihnen das Arbeiten noch Spaß?

Stefan Suckow: Schwierig zu sagen. Was passiert morgen, was übermorgen? Kann ich mein Leben noch finanzieren? Das sind Fragen, die mich und meine Mitarbeiter bewegen. Können wir die Energie noch bezahlen oder wird die Wohnung kalt bleiben?

Befürchten Sie persönlich eine kalte Wohnung?

Ich bin sicher in der komfortablen Lage, noch ein paar Tage länger heizen zu können. Aber die Zukunftsaussicht ist von Unsicherheit geprägt. Mitarbeiter überlegen schon, ob es Sinn macht, bei den gestiegenen Energiekosten zur Baustelle zu fahren. Ich kann nur das bezahlen, was ich vom Kunden bekomme.

Wie sieht es bei Ihnen aus, Herr Grundke?

Torsten Grundke: Meine Arbeit macht mir nach wie vor Spaß. Doch auch ich mache mir Sorgen. Aber nicht um mich persönlich.

Sondern?

Grundke: Die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten stellen uns vor zwei große Probleme. Ers-

tens: Kann ich meinen Wohlstand noch weiterleben, kann ich mir noch etwas leisten außerhalb des Wohnumfeldes? Zweitens: Wir haben produzierende Gewerbe, die stark von Energien abhängig sind, in denen schon jetzt Produktionen zurückgefahren werden. Es werden auch Produktionen eingestellt werden, weil sie sich nicht mehr lohnen. Das bedeutet wiederum, dass Arbeitsplätze in Gefahr sind. Aufgrund dieser Unsicherheit entsteht in vielen Branchen auch eine Kaufzurückhaltung. Das bekommt der Einzelhandel zu spüren.

Also auch in Sachen Unterhaltungselektronik?

Grundke: Natürlich verkaufen wir auch Lifestyle-Produkte. Und das eine oder andere wird zurückgestellt aus Unsicherheit, ob man sich das Leben in Zukunft noch leisten kann.

Trifft die Beschreibung der Verunsicherung auch auf die weiteren Firmen zu, die im SMV organisiert sind?

Suckow: Ein Unternehmer gründet eine Firma, weil er Erträge erwirtschaften will, weil er Arbeitsplätze schaffen will und damit Wertschöpfung in der Region schafft. Niemand will insolvent gehen. Temporär kann man vielleicht einen Shutdown machen wie in der Corona-Zeit. Aber wie lange hält man das durch? Wir brauchen ein Signal, wann wir damit rechnen können, dass sich die Situation wieder verändert.

Grundke: Wir haben immer noch keine klaren Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung. Wir wissen nicht, ob es Rettungsschirme oder Kurzarbeitergeld gibt und ob der Energiepreis gedeckelt wird. Das wäre dringend notwendig, damit wir kalkulieren können. Wenn der Energiepreis ins Unendliche steigt, können die Menschen nicht bis ins Unendliche für die

Produkte bezahlen.

Ziehen Stralsunder Unternehmen bereits einen Shutdown in Erwägung?

Suckow: Dann hätten wir das Habecksche Modell: Ich stelle vorübergehend alles ein. Das funktioniert aber nicht.

Grundke: Ich führe mit Einzelhändlern aus der Region Gespräche, die sagen, dass es wirklich schwierig ist und sie überlegen, ob sie nicht doch endgültig schließen. Ich würde Herrn Habeck gerne mal erklären, wie das Insolvenzrecht funktioniert.

Apropos Wirtschaftsminister Habeck. Seinem berühmten gewordenen TV-Moment in der Sendung Maischberger ging die Frage voraus, ob er von einer Insolvenzwelle im Herbst ausgeht. Was denken Sie? Wird es eine Insolvenzwelle in Stralsund geben?

Grundke: Wir werden eine bekommen, ja. Die Zeichen sind bereits da. Im politischen Raum wird ja schon wieder über die Aufweichung des Insolvenzrechts gesprochen.

Suckow: Die unternehmerische Entscheidung, ob sich das Geschäft noch lohnt oder nicht, wird spätestens mit dem neuen Angebot des Energieversorgers gefällt werden müssen.

Grundke: Viele Verträge haben bis Ende dieses Jahres Bestand. Ab dem 1. Januar kommen die neuen Preise. Wenn wir bis dahin nicht den Energiepreisdeckel bekommen, prognostiziere ich, dass wir einen großen Zahlungsausfall haben werden.

Und dann?

Grundke: Ich habe mich schon mit dem einen oder anderen kommunalen Energieversorger ausgetauscht: In so einer Situation gehen sie davon aus, dass sie im zweiten Quartal Insolvenz anmelden müssen. Weil sie die Energie liefern müssen, aber nicht mehr genug Geld dafür bekommen.

Eine populäre Forderung lautet, Nord Stream 2 zu öffnen.

Grundke: Wer das als Lösung sieht, schaut keine Nachrichten. Wenn wir öffnen, wäre Putin trotzdem nicht daran interessiert, dass sich Deutschland und Europa stabilisieren. Putin hat einen ganz anderen Masterplan.

Was wünschen Sie sich stattdessen von der Politik?

Grundke: Deckelung der Energiepreise für Bürger und Wirtschaft. Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis 2024. Zurückholung weiterer Stein- und Braunkohlekraftwerke, auch in Rostock. Energiekostenzuschüsse für den Mittelstand. Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis. Kurzarbeitergeld und Überbrückungshilfen. Und kurzfristige Eingriffe in den Strommarkt. Denn es kann nicht sein, dass Großkonzerne mit dieser Krise Milliarden-Umsätze machen und gleichzeitig ganze Bereiche der Volkswirtschaft kaputtgehen.

Kann der Staat das alles bezahlen?

Suckow: Die Frage ist berechtigt. Denn wenn der Staat das bezahlt, dann bezahlt es ja die Allgemeinheit. Wir alle zahlen die Zeche.

Grundke: Durch die hohen Benzin- und Energiepreise verdient er hervorragend. Es steht ja immer noch im Raum, dass keine Neuverschuldung gemacht werden soll.

Haben Sie auch Forderungen ans Stralsunder Rathaus?

Grundke: Das Thema Bettensteuer kann gerne zurückgestellt werden. Wir sind gerade wirklich an einer roten Linie, wo wir finanziell überlastet sind. Eine neue Steuer kommt da zur Unzeit.

Was können Firmen selbst tun?

Grundke: Überall wird die Frage gestellt, wo man Energie sparen kann. In meinem Laden habe ich es geschafft, mit reduzierter Beleuchtung 25 Prozent Strom einzusparen.

Suckow: Möglich ist auch, dass sich die Öffnungszeiten verändern.

Grundke: Das ist in der Diskussion, auch in den Einkaufszentren der Region.

Der Tourismus ist in Vorpommern-Rügen, was VW für Niedersachsen ist. Brauchen wir für die Branche eine Extra-Lösung?

Grundke: Nein, wir müssen nicht mit einem speziellen Rettungsschirm anfangen. Wenn die Energiepreise gedeckelt werden, hat jeder was davon.

Planen die Firmen hier noch große Investitionen oder setzt eine Zurückhaltung ein?

Suckow: Die Investitionen, die jetzt realisiert werden, wurden vor zwei, drei oder vier Jahren angeschoben, als noch nicht über eine Energiekrise gesprochen wurde. Die Auswirkungen werden nun aber immer drama-

tischer. Die sehen wir jetzt etwa im Schulneubau, da sind gestörte Lieferketten. Vorhaben werden nicht fertig.

Grundke: Vieles wird zurück- oder infrage gestellt, Bauverträge rückabgewickelt. Stattdessen wird jetzt ins Energiesparen investiert, in Wärmepumpenanlagen, Solar und so weiter. Aber wir haben aber nicht ge-

nug Material und nicht genug Handwerker dafür.

Wie wird Stralsund nach dem Winter aussehen?

Suckow: Das hängt davon ab, ob die Bundesregierung die richtigen Entscheidungen trifft.

Grundke: Die Regierung muss jetzt liefern.



wdr.de | 24.09.2022 | S. 09:09 Uhr

Atomausstieg: Belgien nimmt Doel 3 vom Netz

Belgien hat einen ersten Atom-Reaktor vom Netz genommen. Am Freitagabend wurde der Meiler Doel 3 bei Antwerpen heruntergefahren. Deutsche Atomkraftgegner und Politiker hatten jahrelang für das Aus gestritten.

Belgien hat einen umstrittenen Atomreaktor bei Antwerpen dauerhaft vom Netz genommen. Der Meiler Doel 3 lieferte seit Freitagabend keinen Strom mehr, sagte eine Sprecherin des Betreibers Engie.

Deutsche Atomkraftgegner und Politiker bis hin zur Bundesregierung hatten jahrelang für das Aus gestritten. Doel 3 wurde vor rund 40 Jahren in Betrieb genommen. Er ist der erste der insgesamt sieben belgischen Reaktoren, der abgeschaltet wird. In dem Atomkraftwerk gibt es noch drei weitere Reaktoren. Außerdem betreibt das Land drei Reaktoren im Kernkraftwerk Tihange, das etwa 60 Kilometer von Aachen in Nordrhein-Westfalen entfernt liegt.

Vor Jahren schon Risse gefunden

Der jetzt abgeschaltete Druckwasserreaktor Doel 3 sorgte wiederholt mit Problemen für Schlagzeilen. Vor zehn Jahren fanden Prüfer Haarrisse im Reaktorbehälter, der Meiler wurde daraufhin zwei Mal für einen längeren Zeitraum abgeschaltet. Die belgische Atomaufsicht bewertete den Meiler aber als sicher. Das Kraftwerk Doel liegt an der niederländischen Grenze an der

Schelde, zur deutschen Grenze sind es Luftlinie weniger als 120 Kilometer.

Pannenreaktor Tihange läuft noch weiter

Der zweite Pannenreaktor Tihange 2 rund 50 Kilometer Luftlinie von der deutschen Grenze bei Aachen soll bis zum 1. Februar abgeschaltet werden. Auch hier wurden in der Vergangenheit Haarrisse entdeckt. "Wenn die beiden Meiler vom Netz gehen, wird das NRW sicherer machen", sagte Landesumweltminister Oliver Krischer (Grüne) in Düsseldorf. Der Grünen-Politiker hatte sich seit Jahren für die Abschaltung der sogenannten "Riss-Reaktoren" eingesetzt.

Atomausstieg 2025 umstritten

Ursprünglich war geplant, alle belgischen Kernkraftwerke bis 2025 vom Netz zu nehmen. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs und der gestiegenen Energiepreise will die Regierung nun aber die Reaktoren Tihange 3 und Doel 4 bis mindestens Ende 2035 weiterlaufen lassen, um die Energiesicherheit zu gewährleisten. Im vergangenen Jahr kam rund die Hälfte der belgischen Stromproduktion aus Atomkraft.